

Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe
Wortprotokoll
46. Sitzung

Berlin, den 29.09.2004, 13:00 Uhr
Sitzungsort: JKH 1.228
Berlin, Wilhelmstraße 68
Sitzungssaal: JKH 1.228

Vorsitz: Christa Nickels, MdB

TAGESORDNUNG:

Einzigster Punkt Tagesordnungspunkt

Zur menschenrechtlichen und humanitären Lage in Israel und den besetzten Gebieten

Die Vorsitzende: Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Sachverständige, meine Damen und Herren, ich begrüße Sie ganz herzlich zu unserer öffentlichen Sitzung zum Thema „**Die menschenrechtliche und humanitäre Lage in Israel und in den besetzten Gebieten**“.

Die angespannte Lage in der Region, anhaltende Berichte über Terroranschläge, Vergeltungsmaßnahmen, die Errichtung der Mauer machen deutlich, dass nationale und internationale Bemühungen, einen stabilen Friedensprozess zu schaffen, bisher fehlgeschlagen sind. Im Mittelpunkt unseres Ausschussinteresses steht die menschenrechtliche und humanitäre Dimension des Konflikts. Unser Ausschuss lässt sich in diesem Zusammenhang regelmäßig von verschiedenen Seiten über die aktuelle Entwicklung in der Region unterrichten. Neben den Unterrichtungen durch die

Bundesregierung – zuletzt durch Außenminister Fischer – sind wir auch sehr bemüht, Informationen aus erster Hand zu bekommen, von denjenigen, die sich vor Ort mitten in der Problematik befinden und versuchen, Besserung zu erreichen. Ich freue mich daher ganz besonders, dass uns in dieser Anhörung zwei Sachverständige aus der Region zur Verfügung stehen, die uns über Menschenrechtsverletzungen in Israel und den besetzten Gebieten informieren und uns Auskunft über die humanitäre Lage vor Ort geben können. Als Ergebnis dieser Anhörung werden wir versuchen, praktische Ansätze herauszuarbeiten, mit denen wir Sie unterstützen können, auf diesem schwierigen und steinigen Weg voranzukommen.

Ich darf Ihnen nun die Sachverständigen der heutigen Anhörung kurz vorstellen. Zunächst möchte ich sehr herzlich **Frau Rachel Greenspahn** begrüßen. Sie ist seit drei Jahren die Direktorin für Entwicklung und Internationales Recht (Director of Development and International Advocacy at B'Tselem) am israelischen Informationscenter für Menschenrechte in den besetzten Gebieten - B'Tselem - mit Sitz in Jerusalem und hat sich seit seiner Gründung 1989 u. a. durch die Überwachung und Berichterstattung von Menschenrechtsverletzungen in den besetzten Gebieten einen Namen gemacht.

Ich begrüße weiter sehr herzlich **Herrn Bassem Eid** aus Jerusalem von der Palästinensischen Gruppe zur Überwachung der Menschenrechte (Palestinian Human Rights Monitoring Group (PHRMG)). Herr Eid hat diese Menschenrechtsorganisation 1996 gegründet und ist seitdem ihr Direktor. In der Vergangenheit war er als Berater, als Journalist und als Wissenschaftler u. a. für B'Tselem tätig.

Ich freue mich sehr, dass Sie beide es möglich gemacht haben, heute bei uns zu sein und die weite Anreise für unsere Anhörung in Kauf genommen haben.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, sehr verehrte Damen und Herren, die heutige Anhörung gliedert sich in zwei Bereiche.

In **Block 1** werden die Sachverständigen über **die menschenrechtliche und humanitäre Lage in Israel und den besetzten Gebieten** berichten. Im **Zweiten Block** folgt eine **Frage- und Antwortrunde**.

Ich freue mich, dass sich sachkundige und interessierte Gäste eingefunden haben. Da es sich um eine reguläre Ausschusssitzung handelt, möchte ich Sie darauf hinweisen, dass Redebeiträge auf die eingeladenen Sachverständigen und die anwesenden Parlamentarier und Parlamentarierinnen beschränkt bleiben müssen.

Ich möchte nun den ersten Teil der Anhörung aufrufen und Frau Greenspahn bitten, ihr Statement zur menschenrechtlichen und humanitären Lage in Israel und den besetzten Gebieten abzugeben.

Rachel Greenspahn: Vielen Dank. Ich möchte dem Ausschuss im Namen von B'Tselem für die Gelegenheit danken, hier heute sprechen zu dürfen. Es ist für mich eine große Ehre, hier zu sein.

Ich möchte Ihnen kurz etwas zu B'Tselem erzählen, über die Organisation, wer wir sind und was wir tun. Ich werde Ihnen dann einen kurzen statistischen Überblick über die Menschenrechtsverletzungen geben und einige der jüngsten Entwicklungen in der israelischen Gesellschaft ansprechen.

Zunächst zu B'Tselem. Es handelt sich um eine israelische Nichtregierungsorganisation, die vor 15 Jahren – während der ersten Intifada – gegründet wurde. Das Hauptziel unserer Organisation besteht darin, Informationen über die Situation in den besetzten Gebieten bereitzustellen. Damals gab es wenig Informationen und wir hielten es für wichtig für eine informierte öffentliche Debatte und auch für die Politik, dass es Informationen geben sollte. Unsere Informationen kommen von unseren Mitarbeitern vor Ort. Wir haben neun Mitarbeiter in der Westbank und im Gazastreifen. Diese Leute sammeln Informationen von Opfern und Zeugen von Menschenrechtsverletzungen. Wir haben auch ein mobiles Team, das sich die Checkpoints in der Westbank ansieht und dort Informationen sammelt und versucht, als Mittler aufzutreten, wenn es Probleme gibt, und sich um Lösungen bemüht. Diese Information ist dann die Grundlage für die Statistik, die wir erstellen. Wir führen Statistiken über viele Ereignisse, wie z. B. Tötungen, Zerstörung von Häusern, Verhaftungen usw. Wir schreiben auf dieser Grundlage auch Berichte über Menschenrechtsverletzungen und Verletzungen internationalen Völkerrechts. Diese Informationen dienen verschiedenen Menschen, Politikern in Israel und im Ausland, Akademikern und anderen NGOs. Wir haben uns den Ruf erarbeitet, dass wir sehr zuverlässig sind. Viele Menschen auf der ganzen Welt verlassen sich auf uns, wenn sie zuverlässige Informationen wollen.

Wir haben auch starke professionelle Beziehungen mit der Regierung und dem Militär innerhalb Israels, da beide der Ansicht sind, dass sie auf die Kritik, die wir üben, reagieren müssen. Wenn wir Berichte verfassen, fügen wir deshalb stets eine Stellungnahme der offiziellen Stellen bei. Wir werden auch von der Knesset um Stellungnahme gebeten und auch um Hilfe bei Nachforschungen. Kürzlich wurde z. B. ein Ausschuss innerhalb der Streitkräfte ins Leben gerufen, um sich die Situation der Checkpoints anzusehen, und auch da haben wir Empfehlungen abgegeben. Wir sind ein Informationszentrum, aber eine weitere Aufgabe besteht darin, Aufklärungsarbeit im Bereich der Menschenrechtsverletzungen zu leisten. Es geht uns vor allem darum klar zu machen, dass Menschenrechte kein Luxus sind, den sich Israel in seiner jetzigen Lage nicht leisten könnte. Wir bedienen uns der Massenmedien. Wir benutzen das Internet für die Verbreitung unserer Informationen. Wir halten Vorträge mit Hilfe von Soldaten und Grenzsoldaten. Wir führen Studienreisen durch und versuchen auf diese Weise, den Leuten ein klares Bild über das Leben in den besetzten Gebieten zu geben. Im täglichen Leben gibt es keinen Kontakt zwischen Israelis und Palästinensern. Ich kann zwar versuchen, diese Situation in Berichten so deutlich wie möglich zu beschreiben, aber es ist etwas ganz anderes, die Situation vor Ort zu erleben. In diesem Zusammenhang würde ich auch Sie gerne einladen, sich vor Ort ein Bild von der Situation zu machen.

Ich möchte ein paar Zahlen nennen und einige der Hauptthemen im Bereich der Menschenrechtsverletzungen. Wenn wir uns die Phänomene ansehen, die die Menschenrechtssituation in den besetzten Gebieten charakterisieren, dann stellen wir fest, dass sich in der Vergangenheit sehr wenig verändert hat. Die großen Menschenrechtsverletzungen, die in den letzten vier Jahren aufgetreten sind, gehen nach wie vor weiter. Zahlenmäßig haben die Menschenrechtsverletzungen zugenommen, aber die Bewegungseinschränkungen, Tötungen, keine Rechenschaftspflicht innerhalb des Militärs, Zerstörung von Häusern und Massenverhaftungen sind dieselben geblieben.

Es gibt starke Einschränkungen der Bewegungsfreiheit für die palästinensische Bevölkerung. Es gibt 21 Checkpoints der israelischen Armee und Hunderte von Straßensperren, wie z. B. Betonsperren, Gräben usw., die dazu führen, dass die Palästinenser sich nicht frei bewegen können. Es ist den Palästinensern nicht möglich, 41 Straßen der Westbank zu befahren, und das betrifft auch wichtige Verbindungsstraßen. Die Palästinenser müssen deshalb große Umwege durch stark besiedelte Gebiete

mit viel Verkehr in Kauf nehmen oder sie müssen durch die Berge fahren. Dies hat Auswirkung auf alle Aspekte des täglichen Lebens, auch auf die Wirtschaft, die Gesundheit, die Bildung und das Familienleben.

In den letzten vier Jahren wurden 3.499 Menschen getötet. 2.827 Palästinenser wurden durch israelische Sicherheitskräfte getötet, darunter mindestens 1.400 unbewaffnete Zivilisten. Allein im letzten Jahr wurden 490 Palästinenser getötet, von denen 309 nicht an Kampfhandlungen teilgenommen haben. Israel hat seine Politik der Tötungen im Gazastreifen fortgeführt. Die bekanntesten Fälle sind Scheich Ahmad Jassin und Abd al-Aziz al-Rantisi. In den letzten vier Jahren wurden 153 Palästinenser von Israel ermordet. Dabei wurden 105 palästinensische Zivilisten sowie 28 Kinder im Verlauf dieser gezielten Tötungen ebenfalls getötet.

Auch die Rechte der Israelis werden durch diesen Konflikt verletzt. In den letzten vier Jahren sind 785 Menschen bei Angriffen gegen israelische Zivilisten zu Tode gekommen. Die Individuen, die verantwortlich sind für diese Menschenrechtsverletzungen, werden häufig nicht zur Rechenschaft gezogen. Die Nachforschungen seitens des israelischen Staates werden nicht automatisch aufgenommen. In den letzten vier Jahren wurden nur 88 militärische Untersuchungen im Zusammenhang mit der Tötung von Palästinensern durchgeführt. Es kam zu weiteren 217 Untersuchungen im Zusammenhang mit Gewaltausübung und zu 181 Untersuchungen im Zusammenhang mit Diebstahl. Insgesamt kam es aber nur zu 90 Verurteilungen.

Im letzten Jahr wurden weiterhin zahlreiche Häuser demoliert. Im Jahr 2004 wurden 1.016 Häuser auf der Grundlage von Sicherheitsargumenten zerstört, die meisten im Gazastreifen. Mehr als 8.000 Menschen verloren dabei ihr Haus. Zusätzlich hat Israel Häuser zu Bestrafungszwecken zerstört. Häuser von Individuen, die im Verdacht stehen, Gewalt gegen israelische Zivilisten ausgeübt zu haben. 608 dieser Strafzerstörungen fanden in den letzten vier Jahren statt, dabei verloren 3.800 Palästinenser ihre Wohnungen. Administrative Zerstörungen, also Zerstörungen von Häusern, die ohne Baugenehmigung gebaut wurden, gibt es auch nach wie vor. In diesem Zusammenhang wurden in den letzten vier Jahren mehr als 800 Häuser in Ost-Jerusalem und der Westbank zerstört. Das größte Risiko besteht hier für die Häuser, die im Verlauf des Grenzzaunes gebaut worden sind. Insgesamt wurden also in den letzten vier Jahren von der israelischen Armee 3.700 palästinensische Häuser zerstört.

Anfang September waren über 7.000 Palästinenser in israelischer Haft, darunter 386 Jugendliche. Die humanitäre Situation der Häftlinge ist sehr schwierig. 781 Individuen sind in Administrativhaft, ohne dass eine Anklage erhoben wurde. Es befinden sich auch einige Israelis in Administrativhaft.

In verschiedenen Menschenrechtsbereichen hat sich die Lage also nicht geändert. Die Art der Menschenrechtsverletzungen ist dieselbe, nur zahlenmäßig haben sie zugenommen. Die Krisensituation ist quasi Normalität geworden. Israelis und Palästinenser bestreiten ihr tägliches Leben nach wie vor. Die Menschenrechtsverletzungen, die einst Schlagzeilen machten, sind zur Routine geworden. Die Israelis akzeptieren zunehmend die Idee, dass die Sicherheit alles rechtfertigt und die Palästinenser sind der Ansicht, dass jedes Mittel recht und legitim ist, um die Besatzung zu beenden.

Wenn wir uns aber die israelische Gesellschaft ansehen, finden wir dort einige positive Entwicklungen. Die erste große Entwicklung ist der so genannte „Disengagement Plan“, der im Dezember letzten Jahres von Ariel Sharon vorgelegt wurde. Dieser Plan ist sehr problematisch, ich werde das nachher noch beschreiben, auf jeden Fall hat diese Erklärung eine große rhetorische Bedeutung. Der Mann, der sich zeitlebens der Ausweitung von Siedlungen gewidmet hat, steht nun an der Spitze der Bemühungen, die Siedlungen abzubauen. Würde die Regierung Sharon nur einige Siedlungen abbauen, wäre das ein Erdbeben in der israelischen Politik. Die Tatsache, dass die meisten Israelis diese Idee befürworten, also den Abzug aus dem Gazastreifen und den Abbau von Siedlungen, ist ein wirkliches Umschwenken der öffentlichen Meinung.

Die zweite Entwicklung bezieht sich auf den Grenzzaun. Der erste Teil der Barriere, im Norden der Westbank, steht seit über einem Jahr. Die Arbeit in Jerusalem läuft, und im südlichen Westjordanland hat die infrastrukturelle Arbeit gerade begonnen. Auf der Karte kann man sehen, wie der Verlauf ist und wie die Bauphasen ablaufen. Es hat trotz der Arbeiten am Grenzzaun positive Entwicklungen gegeben. Es hat Korrekturen des Verlaufs gegeben, aufgrund der schlimmen humanitären Situation. Nördlich von Tulkarm, östlich von Baqa Ash-Sharqiyah, Nazlat 'Isa und Nazlat Abu Nar liegt ein Gebiet, in dem der Zaun Anfang Februar 2004 eingerissen und entlang der grünen Linie ein Ersatzzaun errichtet wurde. Die 6.200 Bewohner dieser Dörfer sind somit nicht mehr vom Rest der Westbank abgeschnitten. Die Bewohner des Dorfes östlich des ehemaligen Zaunes haben jetzt wieder Zugang zu ihrem Farm-

land, das früher völlig isoliert war. Vor einigen Wochen wurde ein Tunnel zwischen Habla und Qalqiliya eröffnet. Durch diesen Tunnel können die 7.000 Einwohner von Habla und den benachbarten Dörfern in die Stadt. Sie gelangen so auch auf das Land, das ihnen gehört, was außerhalb dieser kleinen Enklave liegt. Auch in anderen Bereichen soll der Grenzverlauf geändert werden, damit Zugang zu den Enklaven besteht. Das ist im Bereich Jenin der Fall und auch bei Khabat Jubara, wo 300 Bewohner von Tulkarm und vom Nachbardorf Ar-Ras abgeschnitten sind. In diesem Bereich herrschen viele Familienbande, und die Kinder gehen im Nachbarort zur Schule. In den letzten paar Monaten fiel nicht nur die lang erwartete Entscheidung des Höchsten Gerichtes in Den Haag, das entschied, dass der Verlauf der Mauer in der Westbank dem Völkerrecht widerspricht, sondern auch der Gerichtsentscheid des höchsten israelischen Gerichts, dass der Grenzverlauf zwischen At-Tira und Beit-Liqya unrechtmäßig sei. Das war eine richtungsweisende Entscheidung, bei der die Richter feststellten, dass bei der geplanten Route kein vernünftiger Ausgleich zwischen den Sicherheitsbedürfnissen der Israelis und den Bedürfnissen der Palästinenser stattfinden. Dieser Gerichtsentscheid wird wohl deutliche Auswirkungen auf den gesamten Zaunverlauf haben. Als Folge dieser Entscheidung wurden in vielen Bereichen die Bauarbeiten eingestellt und die Route noch einmal komplett überarbeitet. Der neue Routenverlauf ist noch nicht fest beschlossen worden, aber aus Medienberichten geht eindeutig hervor, dass die neue Route mehr der grünen Linie entsprechen wird.

Es hat auch noch andere Entwicklungen gegeben. In Rafah wurden im März 2004 280 Häuser zerstört, Hunderte weiterer Häuser sollten zerstört werden, um die „Philadelphia Route“ zwischen Gaza und Ägypten auszuweiten. Der israelische Staatsanwalt Menachem Masus weigerte sich, diese große Zerstörung gutzuheißen und fragte nach Alternativplänen, die die palästinensische Bevölkerung weniger beeinträchtigen sollten. Gleichzeitig rief eine Menschenrechtsorganisation das Oberste Israelische Gericht an und forderte mehr Schutz für die Bevölkerung von Rafah. Das Gericht entschied, dass bei diesen militärischen Operationen nicht nur die palästinensische Zivilbevölkerung stärker beachtet werden muss, es müssen auch die humanitären Belange stärker in Betracht gezogen werden. Bei jeder militärischen Planung muss die Versorgung der Zivilbevölkerung mit Wasser, Strom usw. mit in Betracht gezogen werden.

Kürzlich gab es Schlagzeilen in Israel, dass ein Rechtsteam mit Unterstützung des Staatsanwalts die Genfer Konvention beachten wird und den Gazastreifen und die Westbank folglich offiziell als besetztes Gebiet anerkennen wird. Dies sind also Veränderungen, die bedeutend sind und anzeigen, dass es in Israel sehr wohl eine Diskussion über Menschenrechtsfragen gibt und man anerkennt, dass diese Menschenrechtsfragen wirklich in Betracht gezogen werden müssen. Trotzdem darf man es nicht übertreiben. Die Menschenrechtssituation ist immer noch schwierig, und man sollte nicht übertrieben optimistisch oder gar naiv sein.

Was den Abzugplan aus Gaza anbelangt, da gibt es keinen Zweifel, dass die Räumung der Siedlungen für die Palästinenser zu starken Verbesserungen führen wird. Es wird Land frei werden, der Zerstörung des Farmlandes und der Häuser wird Einhalt geboten werden, und die Bewegungsfreiheit im Gazastreifen wird sich deutlich verbessern. Es ist trotzdem ein problematischer Plan, denn er ist unilateral. Als Folge des Plans wird es einen Machtkampf, vielleicht sogar Anarchie innerhalb der palästinensischen Gesellschaft geben, und vielleicht gibt es sogar weniger Sicherheit für die Menschen vor Ort, wenn Israel die Grenzen weiterhin kontrolliert und Gaza in ein Gefängnis verwandelt. Israel wird sich dieses Abzugs möglicherweise auch bedienen, um sich stärker an die Westbank zu klammern. Trotzdem hofft die internationale Staatengemeinschaft, dass dies der erste Schritt ist, und die Westbank dann der zweite Schritt. Gleichzeitig ist jedoch nicht klar, ob die israelische Führung das genauso sieht.

In unserer Region gibt es auch häufig große Unterschiede zwischen dem, was gesagt und dem, was getan wird. Trotz dieser positiven Erklärungen, was die Änderung des Routenverlaufs des Zauns und den Schutz der Zivilbevölkerung anbelangt, ist es immer noch nicht sicher, dass dies auch umgesetzt werden wird. Israelische Offizielle haben z. B. deutlich gesagt, dass Teile des Zauns umgelegt werden, aber trotzdem werden große Siedlungsbereiche auf der westlichen – der israelischen Seite – bleiben. Wenn Sie die Karte ansehen, liegt Ariel 22 km jenseits der grünen Linien, also tief innerhalb der Westbank, wo die Breite der Westbank insgesamt nur 53 km beträgt. Wir sehen also voraus, dass es hier ähnliche humanitäre Probleme geben wird wie in Bereichen, wo der Zaun bereits steht. Ein Beispiel ist ein ca. 10 km breiter und ebenso langer Bereich zwischen Tulkarm und Qalqiliya. Die Menschen, die hier zwischen dem Zaun und der grünen Linie leben, leben in einer geschlossenen Militärzone und brauchen Genehmigungen, um dort weiter leben zu können. Die Menschen,

die außerhalb leben und in dieses Gebiet wollen, weil sie z. B. auf ihr Farmland wollen, brauchen Sondergenehmigungen, um passieren zu dürfen. Von den 12 Übergängen in diesem Bereich dürfen Palästinenser nur fünf Übergänge benutzen. 25 % der Palästinenser, die um Genehmigungen gebeten haben, wurden negativ beschieden, sie dürfen also nicht passieren. Zusätzlich ist ein großer Papierkrieg damit verbunden, die Palästinenser müssen sich immer wieder neu um Genehmigungen bemühen, dann werden die Tore an den Checkpoints nur für 30 Minuten am Tag geöffnet und manchmal bleiben die Tore komplett geschlossen. Vor einem Jahr, nach dem Selbstmordattentat in einem Restaurant in Haifa, waren zwei Monate alle Zugänge geschlossen, und das mitten in der Olivenernte, wo es ganz besonders wichtig ist, dass die Farmer auf ihr Land können.

Die Situation in Jerusalem ist auch wichtig. Besonders besorgniserregend sind die Bauarbeiten in Ar-Ram im nördlichen Teil Jerusalems. Vor einigen Wochen begannen die Bauarbeiter, die Betonteile der Mauer zu errichten. Dadurch können die Bewohner von Ar-Ram, die keinen israelischen Pass haben, nicht nach Ost-Jerusalem kommen. Für diejenigen, die in Jerusalem permanenten Aufenthaltsstatus haben – das sind nur etwa 68 % -, wird es schwer sein, sich in Israel zu bewegen. Es wird lange Schlangen geben und es werden zwangsläufig zahlreiche Leute abgewiesen werden. Seit Schulbeginn vor einigen Wochen stehen jeden Morgen zahlreiche Kinder Schlange, um in die Schule zu kommen. Die Kinder mussten daher häufig die Schule wechseln, aber viele Schulen haben nicht die Kapazitäten, um die Kinder, die nicht mehr in ihre alten Schulen gehen können, aufzunehmen. Auch hier wird es am Zaunverlauf Korrekturen geben müssen. Hätte man von vornherein vernünftig geplant und die Bedürfnisse der Menschen in Betracht gezogen, dann hätte man die ganze Sache so machen können, dass nicht nur die Rechte der Palästinenser beachtet werden, sondern dass auch die israelische Gesellschaft keinen so hohen Preis zahlen müsste. Das sind sowohl finanzielle Kosten, der Zaun ist extrem teuer, aber auch was den Ruf Israels im Ausland betrifft, muss ein hoher Preis gezahlt werden. Diese Entwicklungen zeigen auch, wie wichtig es ist, dass sich die internationale Staatengemeinschaft um diese Menschenrechtsfragen kümmert. In der israelischen Gesellschaft hat es positive Schritte gegeben, teilweise als Ergebnis der internationalen Bemühungen. Die internationale Staatengemeinschaft kann unterstützend arbeiten, um die positiven Kräfte in Israel zu unterstützen.

Was den Grenzzaun anbelangt, hat das internationale Engagement zu Gerichtsentscheidungen geführt, und die israelische Gesellschaft stellt sich endlich Fragen über den Grenzverlauf. So etwas hat es früher nicht gegeben. Durch das internationale Engagement ist das höchste Gericht in Israel positiv beeinflusst worden. Die Hauszerstörungen in Rafah und Pläne für Hunderte weiterer Zerstörungen der „Philadelphia Route“ werden nun nicht mehr durchgeführt. Die internationale Staatengemeinschaft muss aber sicherstellen, dass die Israelis jetzt nicht nur reden, sondern auch handeln, damit es wirkliche Verbesserungen der Menschenrechtssituation gibt, von denen die Bevölkerung auch profitieren kann. Man muss, wenn man politische und diplomatische Fragen diskutiert, immer auch die Menschenrechtsfragen im Auge behalten, was nicht immer der Fall war. Beim Mitchell-Bericht, beim Tennit-Plan und bei der Road-Map müssen Menschenrechtsfragen diskutiert werden, sonst wiederholt man die Fehler von Oslo, die zu dem geführt haben, was wir heute haben. Menschenrechte müssen Teil des diplomatischen Prozesses sein. Menschenrechtliche Verbesserungen können nicht kleine symbolische Handlungen sein, die nur aus PR-Gründen gemacht werden. Es kann auch nicht einfach nur eine vertrauensbildende Maßnahme sein. Es ist wichtig, dass die internationale Staatengemeinschaft Israelis und Palästinensern ganz klar macht, dass der Schutz der grundlegenden Menschenrechte unbedingt notwendig ist, unabhängig von irgendwelchen politischen Entwicklungen.

Vorsitzende: Vielen Dank Frau Greenspahn. Nun möchte ich Herrn Bassem Eid um sein 20-minütiges Statement bitten.

Bassem Eid: Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ich denke, nach diesen Statistiken und Zahlen, die wir gerade gehört haben, gibt es immer noch Menschen auf dieser Welt, die glauben, dass die Israelis die Opfer sind. Wenn die Israelis die Opfer sind, dann sind die Palästinenser die Opfer der Opfer. Leider muss man sagen, haben wir bis jetzt noch keinerlei praktikable israelische Ansätze gesehen, die versucht hätten, die Situation zu ändern und die zu einer Änderung der israelischen Politik geführt hätten. Heute Morgen kamen vier Palästinenser zu Tode. Drei im Gazastreifen und ein weiterer in Nablus.

Die Frage, wie lange dieser chaotische Zustand sowohl in Israel als auch in den besetzten Gebieten so weitergehen kann, das ist genau die Frage. Die Schuldzuwei-

sung liegt bei den Israelis. Aber das bedeutet nicht, dass wir Palästinenser nicht auch unseren Teil dazu beitragen müssten, wohin wir gehen wollen, was wir tatsächlich erreichen wollen, und was wir in den letzten vier Jahren überhaupt erreicht haben. Wenn die Israelis 30 % oder 40 % verloren haben, dann haben wir – relativ gesehen – 100 % verloren. Es reicht heute nicht, dass Israelis Häuser zerstören und die internationale Gemeinschaft die Häuser dann wieder aufbaut. Was ist das denn für eine Situation, in der jemand heute ein Haus zerstört und am nächsten Tag ein anderer kommt und es wieder aufbaut. Das ist wie das Spiel zwischen Katz und Maus.

Für die Palästinenser gibt es keine Führung, zumindest nichts, was man Führung nennen könnte. Auch wenn Herr Arafat noch glaubt, dass er der Präsident von Palästina ist, ist es so, dass eine Führung im Prinzip nicht existiert. Die palästinensische Regierung funktioniert überhaupt nicht. Natürlich sind wir Palästinenser verärgert über die israelische Regierung, aber wir sind genauso verärgert bezüglich unserer eigenen Regierung. Für mich sieht es so aus, dass der Konflikt immer mehr auf eine persönliche Ebene getragen wird, es ist kein Konflikt in der Öffentlichkeit. Der Konflikt besteht zum jetzigen Zeitpunkt zwischen den Menschen. Es gibt bewaffnete Palästinenser, die auf israelische Soldaten schießen, so sehe ich den Konflikt im Moment. Es ist kein Konflikt innerhalb der breiten Öffentlichkeit. Sehr viele Palästinenser sehnen den Tag herbei, an dem die Intifada vorbei ist, genauso wie die Israelis. Auf beiden Seiten hoffen die Menschen, dass die Intifada so schnell wie möglich vorbei ist. Die Menschen leiden, und sie werden weiter leiden. In der Zwischenzeit erklären wir uns für unsere Führungen gegenseitig zu Opfern.

Der Konflikt, wie wir ihn heute sehen, ist eigentlich ein Problem mit Arafat, der zum Teil auch selbst auferlegt ist. Wenn diese Situation sich einmal ändert, dann wird sich auch die Situation insgesamt ändern. Die Israelis andererseits glauben trotzdem, dass dieser Belagerungszustand aufrechterhalten werden muss, und das bedeutet umgekehrt, dass dieser Konflikt zu keinem Ende führen wird. Zum jetzigen Zeitpunkt über Frieden zwischen den beiden Seiten zu sprechen ist wichtig, aber es ist sehr schwierig, denn wir haben bereits die Hoffnung zwischen den beiden Parteien zerstört. Wir haben den Frieden zerstört. Niemand glaubt mehr an den Frieden, weder Israelis noch Palästinenser. Die Israelis haben im Prinzip alles zerstört. Aber man muss auch sagen, dass unglücklicherweise die Palästinenser daraus nichts gelernt haben. Sie haben die Botschaft nicht verstanden.

Nach dem 11. September 2001 haben die Israelis bereits grünes Licht von den Vereinigten Staaten bekommen, dass diese Intifada als ein Akt des Terrorismus angesehen werden würde und daraufhin auch mit allen Mitteln zu unterdrücken sei. Nach dem 11. September ist es völlig unerheblich und macht keinen Sinn, über Menschenrechte zu sprechen. Es gibt keine Menschenrechte mehr. Keines dieser beiden Länder glaubt heute noch an die Menschenrechte. In der Außenpolitik genießen die Menschenrechte keine Priorität. Der Terrorismus hat bereits alles in Beschlag genommen, nicht nur die einzelnen Personen, sondern auch deren Rechte. Ich glaube, dass wir, die Palästinenser, uns nun einmal genau überlegen müssten, was wir wollen. Es reicht nicht, von Zeit zu Zeit Erklärungen abzugeben. Es reicht auch nicht, sich auf persönlicher Ebene gegenseitig in Kämpfe zu verwickeln und zu versuchen, damit etwas zu erreichen. Es reicht mit Sicherheit nicht, ab und zu ein paar Raketen in Richtung Israel abzufeuern, denn es führt zu nichts. Im Gegenteil, es bringt nur negative Konsequenzen für uns und nicht für Israel.

Heute Morgen sind wieder Tausende von Feldern zerstört worden, als israelische Truppen nach dem Schützen von Al-Kasam gesucht haben. Wieder sind Häuser zerstört worden. Der mangelnde Einfluss der internationalen Gemeinschaft hat die Situation ebenso verschlechtert. Ich glaube nicht, dass der Konflikt zwischen Palästina und Israel allein in der Verantwortung der Israelis und Palästinenser liegt. Natürlich hat die internationale Gemeinschaft hier eine Verantwortung. Druck von einer dritten Seite ist hier gefragt. Intervention von außen ist gefragt. Wenn man die Situation so lässt, wie sie ist, und sie allein uns überlässt, dann werden wir uns weiterhin gegenseitig abschlachten. Man braucht wirklich die Intervention von außen, und jede Regierung, die etwas mit dem Nahen Osten zu tun hat, muss sich auch an die eigene Nase fassen und überlegen, was bereits geschehen ist und was in der Zukunft geschehen soll. Die Palästinenser und die Israelis alleine sind nicht in der Lage, diesen Konflikt zu lösen. Ich warne davor zu glauben, dass zum jetzigen Zeitpunkt beide Seiten irgendeine Art von Vereinbarung treffen könnten.

Natürlich haben wir die Genfer Initiative gesehen. Von wem wird sie denn unterstützt? Weder von Sharon noch von Arafat. Wer ist also der Nutznießer dieser Initiative? Wir haben den Friedensplan gelesen. Jeder hat ihm zugestimmt, aber Herr Sharon hat sich dazu entschlossen, diesen Friedensplan zu ignorieren und ihn durch seinen eigenen „Abzugsplan“ in Gaza zu ersetzen. Jedes Land hat Sharon aufgefordert, diesen Abzug als Teil des Friedensplans zu sehen. Sharon hat gesagt, dass

Israel keinen Friedensplan braucht. Israel kann vielleicht anderen Ländern helfen, entsprechende Friedenspläne umzusetzen, aber nicht für Israel selbst. Also benötigen wir Ihre Hilfe, Hilfe von außen. Beide Seiten brauchen die Hilfe von außen, denn beide Seiten sind die Opfer des Konfliktes.

Ich bin sehr kritisch gegenüber den Palästinensern eingestellt, und vor allem gegen die palästinensische Führung. In unserer Organisation dokumentieren wir nicht nur die Palästinenser, die von Israelis getötet wurden, sondern auch die Palästinenser, die von Palästinensern getötet wurden. Im April dieses Jahres haben wir einen unserer Berichte veröffentlicht, wir nannten ihn „Das Chaos der Waffe“. Darin ist dokumentiert, wie das Thema der illegalen Waffen unter den Palästinensern zu Tragödien geführt hat. Israelis töten jeden Tag Palästinenser, aber wir in unseren Racheaktionen ebenso. In den letzten vier Jahren sind mehr als 320 Palästinenser von Palästinensern getötet worden. In einigen Fällen auch ohne jeden Grund. Palästinensische Gruppen, die sich für die Menschenrechte engagieren, haben die palästinensische Regierung mehrmals aufgefordert, dass die illegalen Waffen eingezogen und verboten werden müssen. Denn diese Waffen führen zu Tragödien.

Wenn wir einen Vergleich zwischen der ersten und der zweiten Intifada ziehen, würde ich sagen, dass die erste Intifada für die Palästinenser wesentlich erfolgreicher war, denn es gab international viel mehr Zustimmung und Sympathie – auch von Seiten der Israelis – für die Sache der Palästinenser. Aber heute ist die Situation so, dass es aufgrund dieser ganzen illegalen Waffen und Tragödien keinen Weg mehr hin zu einer friedlichen Lösung zwischen den Israelis und Palästinensern gibt. Die Region ist so von Hass besessen, dass wir uns gegenseitig von Tag zu Tag mehr hassen. In einer solchen Situation ist es unmöglich, zum Frieden zu gelangen. Ich möchte daher die deutschen Parlamentarier ermutigen und auffordern, mehr zu tun und größere Anstrengungen zu unternehmen, und zwar dahingehend, dass das Leiden der palästinensischen und der israelischen Bevölkerung abnimmt. Ich danke Ihnen.

Vorsitzende: Herzlichen Dank. Ich persönlich glaube, dass diese sehr detaillierte und präzise Information in diesem Rahmen für uns eine gute Grundlage ist weiter zu diskutieren, und ich bitte die Kolleginnen und Kollegen, jetzt nacheinander ihre Fragen zu stellen. Die Fragen, die für Sie wichtig sind und die Sie gerne beantworten möchten, schreiben Sie bitte auf, um sie anschließend in der Antwortrunde zu be-

antworten. Für die Fragerunde haben wir maximal 15 Minuten vereinbart. Es haben sich folgende Abgeordnete gemeldet: Herr Gröhe, Herr Hoppe, Frau Kortmann, Herr Haibach, Herr Eppelmann, Frau Schmidt und Herr Kranz.

Abg. Gröhe: Herzlichen Dank für die guten und präzisen Berichte. Wenn Sie, Frau Greenspahn, davon sprachen, dass Menschenrechtspolitik ein integraler Bestandteil jeder Lösung des Konflikts zwischen Israelis und Palästinensern sein muss, dann ist das, glaube ich, unser aller Meinung und ein Grund, warum es diese Anhörung hier im Ausschuss gibt, nämlich um den Fokus in stärkerem Maße darauf zu lenken. Wenn Sie, Herr Eid und Frau Greenspahn, auch vieles an Hoffnungslosigkeit oder negativen Zeichen aufzeigen, so glaube ich schon, dass es bei allen leider in der Tat düsteren Nachrichten ein Hoffnungszeichen ist, dass es in der palästinensischen und der israelischen Zivilgesellschaft Anstrengungen gibt, sich für Menschenrechte einzusetzen, und zwar nicht nur Menschenrechtsverletzungen an Angehörigen, sondern auch durch Angehörige des eigenen Volkes zu benennen, was keineswegs selbstverständlich ist. Daher empfinde ich Ihre Arbeit, für die man Ihnen nur alles Gute wünschen kann, als ein solches kleines Hoffnungszeichen.

Ich möchte zunächst an Sie, Frau Greenspahn, eine Frage richten. Sie sprachen von der eingeschränkten Bewegungsfreiheit dadurch, dass bestimmte Straßen in der Westbank ausschließlich Siedlern und israelischen Sicherheitskräften vorbehalten sind und somit der palästinensischen Bevölkerung nicht offen stehen. Von Seiten Israels wird das mit den Sicherheitsbedürfnissen der Siedler begründet. Mich würde interessieren, in welchem Umfang Sie solche Sperrungen von Straßen für ein Element der – möglicherweise falschen - Sicherheitspolitik oder aber für ein Element der kollektiven Bestrafung halten. Könnten Sie das quantifizieren?

Zum zweiten sprachen Sie die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs in Israel an. Ich finde es bemerkenswert, wie dieser sehr deutlich auch gegen Maßnahmen des eigenen Staates vorgeht. Sie haben dabei die Entscheidung zum Sicherheitszaun angesprochen, aber es gibt auch noch die Entscheidung gegen die Folter. Mich würde interessieren, wie der Sachstand im Hinblick auf das von israelischen Menschenrechtsorganisationen geförderte Verfahren gegen gezielte Tötungen vor dem High Court of Justice ist.

Meine dritte Frage an Sie ist die: Sie erwähnten die Äußerungen des Generalstaatsanwalts Menachem Masus zur Anwendung der Vierten Genfer Konvention. Mich

würde interessieren, da auch Sharon bereits vor über einem Jahr von besetzten Gebieten, also ausdrücklich von Besatzungsmacht gesprochen hat, ob es auch Regierungs- oder Parlamentskreise gibt, die diese Anwendung der Vierten Genfer Konvention auf die besetzten Gebiete fordern?

Meine Frage an Sie, Herr Eid, lautet: Sie sprachen über Ihren Ärger auf die eigene politische Führung und auch auf die Palästinenser, die andere Palästinenser umbringen. Mich würde im Hinblick auf Todesstrafen – zu denen es gekommen ist –, auf Folter und auf Zensureingriffe in die Meinungsfreiheit durch palästinensische Behörden interessieren, wo Sie dies als ein Element der Herrschaftssicherung der palästinensischen Führung durch Präsident Arafat sehen, indem z. B. Korruptionsvorwürfe u. ä. in den Medien unterdrückt werden sollen.

Abg. Kortmann: Ich kann Ihnen sagen, wir sind wahrscheinlich in vielen Bereichen nicht nur sprachlos, sondern auch hilflos, was der richtige Weg, das richtige Konzept und die beste Unterstützung ist. Was muss in der Außenpolitik verbessert werden, um in dieser Situation auch gute Vermittlungen leisten zu können? Wenn ich mir vorstelle, dass es da nicht nur um die Frage von politischer Souveränität, Land- und Raumaufteilung geht, frage ich mich, wie lange dieser Versöhnungsprozess tatsächlich gehen mag. Wenn Vereinbarungen in irgendeiner Form getroffen aber nicht gehalten werden, und der Hass und die Verbitterung in den Herzen der Menschen, mit denen die junge Generation aufwächst, immer größer wird, dann rückt die Sehnsucht nach Frieden in so weite Ferne, dass es wahrscheinlich manche von uns gar nicht mehr erleben werden. Das ist etwas, was mich sehr bekümmert, und ich möchte Ihnen meine Anteilnahme zeigen, indem ich meine Fragen auch in dieser Sprachlosigkeit stelle.

Sie, Frau Greenspahn, haben gerade gesagt, dass Sie die Knesset, die Regierung und Militärs beraten und dass Ihre Berichte zu den Untersuchungen dort gehört werden. Haben Sie den Eindruck, dass Sie in dem Politikkonzept in irgendeiner Form eine Berücksichtigung finden? Oder ist es eher so, dass man sich anhört, was Sie zu sagen haben, aber der normale politische Alltag im Grunde paralyisierend daneben herläuft? Wo werden Sie gehört und wo haben Sie mit Ihrer Arbeit auch Erfolge, wo Sie sagen können, dass es dort gute Ansätze gibt, an denen wir weiter arbeiten können? Ihre Aussage „Israels Politik der Tötung“ hat mich erschreckt. Bei wem haben Sie denn noch Hoffnung, dass es zu einer Veränderung kommen könnte?

Herr Eid, Sie haben das Problem Arafat angesprochen. Jetzt kann man fragen, wie man es lösen kann. Ist innerhalb der palästinensischen Bewegung irgendwo ein Hoffnungsschimmer zu erkennen, dass man sagen kann, es entwickeln sich andere Führungsstrukturen? Gibt es Menschen, die einen anderen Dialog der Versöhnung führen werden und die sich auch in anderer Form an die Absprachen halten? Ich möchte Ihnen damit sagen, dass ich Ihre Aussage, dass beide Seiten Opfer des Konfliktes sind, ausdrücklich unterstützen möchte. Wir hatten im letzten oder vorletzten Jahr auch den deutschen Botschafter in Israel hier im Ausschuss zu Gast. Auch er berichtete uns von beiden Seiten des Konfliktes und auch über die fast unvorstellbare Lebenssituation vieler Israelis, mit der permanenten Bedrohung durch Selbstmordattentäter zu leben.

Meine zweite Frage an Sie ist: Wie bewerten Sie diese Selbstmordattentäter? Sind sie fest verankert in der Gesellschaft, sind es Einzelpersonen oder ist es ein politisches Konzept, was dahinter steckt?

Ich hätte noch eine weitere Frage an Sie beide. Sie sagten, dass Sie uns hier ermutigen wollen etwas zu tun, aber Sie sagten nicht, was wir tun können. Haben Sie klare Vorstellungen, was die Aufgabe des deutschen Parlamentes, der deutschen Bundesregierung sein könnte oder was auf europäischer Ebene notwendig wäre, und welche Rolle übertragen Sie den Vereinten Nationen? Von wo glauben Sie ist, Hilfe zu erwarten? Wir haben hier im Ausschuss die Genfer Konvention sehr begrüßt. Wir hatten gehofft, dass damit eine Umkehr möglich ist.

Eine letzte Frage an Sie beide. Sie haben verständlich – wie es von uns gewünscht war – die israelische Binnensicht beschrieben. Was passiert mit Ihren Nachbarstaaten? Wie können die mit dazu beitragen, den Konflikt zu lösen, so dass es zu einem Friedensprozess zwischen Israelis und Palästinensern kommen kann?

Abg. Hoppe: Ich habe eine Frage an Sie, Herr Eid. Sie hatten zum Schluss ziemlich dramatisch gesagt, dass die Israelis und Palästinenser diesen Konflikt nicht mehr alleine lösen können, dass Sie Hilfe von außen benötigen, dass Druck von außen kommen muss und hatten sogar das Wort „Intervention“ gebraucht. Können Sie erklären, was Sie darunter verstehen?

Mir ist gerade ganz spontan noch eine andere Idee gekommen, nämlich Hilfe von außen, aber auf einem ganz anderen Niveau. Ich habe erfahren, dass es in Tel Aviv ein Institut gibt, das von deutschen Psychotherapeuten unterstützt wird, wo der Ver-

sucht gemacht wird, den Hass durch eine Kombination von politischer und psychotherapeutischer Arbeit zu überwinden. Dort wird auch die Geschichte der Deutschen mit den Israelis, die Aufarbeitung des Holocaust-Traumas, mit einbezogen. Die These ist, dass sich in dem israelisch-palästinensischen Konflikt auch Dinge entladen, die ihre Ursachen in der Nichtaufarbeitung des Holocaust haben. Ist Ihnen diese Arbeit bekannt? Ist dies ein Ansatz, der vielleicht auf einer ganz anderen Ebene weiterhelfen kann als Intervention oder Druck von außen?

Ich habe dann noch zwei Fragen zu zwei Meldungen, die mich erreicht haben. Eine hoffnungsvolle und eine, die eher betrüblich stimmt. Zunächst die Hoffnungsvolle. Heute wurde gemeldet, dass sich hohe Offiziere einer israelischen Eliteeinheit geweigert haben, gewisse Befehle auszuführen und gegen den Auftrag, palästinensische Zivileinrichtungen zu bombardieren, protestiert haben. Es handelt sich dabei um die Eliteeinheit Shaldag. Ist Ihnen das bekannt und ist das vielleicht ein Hoffnungszeichen, dass sich aus dem Kreis einer Offizierselite heraus ein Anstoß zur Veränderung ergibt?

Nun zur letzten Frage, die eher betrüblich stimmt. Hier geht es um die Situation der arabischen Israelis, also Palästinenser, die einen israelischen Pass besitzen. In der israelischen Zivilgesellschaft sollen sich die Stimmen mehren, dass man diese in die besetzten Gebiete umsiedeln sollte, was so etwas wie eine ethnische Säuberung bedeuten würde. Angeblich soll auch Benny Morris, der einmal Repräsentant der Friedensbewegung war, sich für diese Transfers ausgesprochen haben. Stimmen diese Berichte und können Sie etwas dazu sagen, ob es wirklich diese Diskussion der Umsiedlung gibt?

Abg. Haibach: In der gebotenen Kürze eine Frage an Herrn Eid. Die deutschen politischen Stiftungen tun sehr viel im Bereich der Unterstützung des Legislativrates in Ramallah, man hat aber nicht das Gefühl, dass das die Lösung ist, da er insgesamt relativ machtlos wirkt und keinen großen Einfluss hat im Gegensatz zum Präsidenten. Wenn also nicht Arafat derjenige ist, der die Macht hat, wer ist es denn dann, oder wer sind die Machthaber? Was kann man dafür tun, dass die Macht in legitime Hände gerät?

Abg. Schmidt: Meine Frage richtet sich an Sie beide. Haben Sie den Eindruck, nachdem ich selber die Erfahrung auf Menschenrechtstreffen und in persönlichen

Gesprächen mit Ihren Vertretern vor Ort gemacht habe, dass die Akzeptanz für die Menschenrechtsarbeit wächst? Sie, Frau Greenspahn, hatten angesprochen, dass in der Knesset auch Ihre Informationen abgefragt werden. Werden diese Informationen von allen oder nur von bestimmten Parteien abgefragt? Oder überwiegen die Vorwürfe, dass Sie vom Ausland finanziert würden und ist diese Unterstützung deshalb möglicherweise kontraproduktiv? Wächst die Akzeptanz in der Bevölkerung und wie sieht die Zusammenarbeit mit anderen Gruppen, wie z. B. „Parents Circle“, die auf dem Gebiet der Verständigung arbeiten, in Israel und den palästinensischen Gebieten aus? Wie sieht die Arbeit mit Jugendlichen aus, die Frau Kortmann bereits angesprochen hat?

Ich möchte auch noch einmal konkret wissen, wie wir die Kontakte – also nicht nur via Internet und Informationsbroschüren – zwischen unseren Bevölkerungen aufrecht erhalten und ähnlich wie amnesty zu Aktionen aufrufen können, wenn beispielsweise an Transitstellen, die Sie beobachten, Willkürakte hinsichtlich von Genehmigungen, Transiterlaubnissen usw. herrschen?

Vorsitzende: Wir haben jetzt noch eine halbe Stunde Zeit. Ich bitte nun Herrn Eid, seine Stellungnahme abzugeben.

Bassem Eid: Vielen Dank. Herr Gröhe hat eine Frage gestellt, mit der ich voll und ganz einverstanden bin, nämlich damit, dass die palästinensische Autonomiebehörde in Menschenrechtsfragen ziemlich schlecht dasteht. Seit Gründung der palästinensischen Autonomiebehörde 1994 bis zum Anfang dieser Intifada im Jahre 2000 gab es viele Berichte über Menschenrechtsverletzungen seitens der palästinensischen Autonomiebehörde. Die internationale Staatengemeinschaft hat aber leider in der Vergangenheit angesichts der Menschenrechtsverletzungen seitens der palästinensischen Autonomiebehörde die Augen verschlossen. Die internationale Staatengemeinschaft hat nämlich gesagt, dass Frieden und Politik das Wichtigste sind, weil Frieden und Politik zusammengehören und zusammenpassen. Aber Menschenrechte passen nicht zwischen Frieden und Politik. Dadurch konnte die palästinensische Autonomiebehörde weiterhin die Menschenrechte der Palästinenser verletzen. Zahlreiche Palästinenser sind in palästinensischen Gefängnissen aufgrund von Folter zu Tode gekommen. Wir wissen von mindestens fünf Palästinensern, die getötet, ja quasi hingerichtet worden sind, nachdem sie entsprechend verurteilt worden sind.

Was die Menschenrechte anbelangt, gibt es glaube ich keine großen Unterschiede zwischen der palästinensischen Autonomiebehörde und anderen arabischen Ländern.

Die Korruption ist ein weiteres Problem, aber dieses Problem wird sich nicht lösen lassen, nur weil die internationale Staatengemeinschaft das fordert. Ich erinnere mich, dass einige Minister zu Arafat nach Ramallah gefahren sind. Sie sprachen über Korruption und Reformen, worauf Arafat sagte, dass das kein Problem sei und dass Reformen durchgeführt werden würden. Das verspricht er aber bereits seit 10 Jahren. Ich glaube, es wird tatsächlich niemals zu Reformen kommen.

Es wurde häufig gefragt, was wir tun sollen. Ich möchte Ihnen zunächst einmal sagen, was Sie nicht tun sollten. Sie sollten auf keinen Fall dem gegenwärtigen Verlauf der Mauer zustimmen. Sie sollten das, was im Moment passiert, nicht unterstützen. Ich als Palästinenser sage, dass Israel das Recht hat, seine Bevölkerung zu schützen, aber diese Mauer muss dem Grenzverlauf folgen. Es muss eine Grenzmauer sein und kein terroristischer Schutzwall, so wie die Israelis das im Moment tun. Sie als deutsche Parlamentarier müssen also von Israel verlangen, dass die Mauer die Grenze sein muss und die Grenze, das ist die grüne Linie, wie sie 1967 festgelegt wurde. Vor einigen Tagen habe ich gehört, dass Israel finanzielle Unterstützung erbiten wird, um neue Straßen für die Palästinenser zu bauen. Sie - die Deutschen - sollten für solche Straßen überhaupt kein Geld geben, denn wenn Sie so etwas finanzieren, dann widersetzen Sie sich den Ratschlägen des Internationalen Gerichtshofs. Ich habe manchmal den Eindruck, dass die Politiker sich eher fragen sollten, was sie nicht tun sollten. Denn in den letzten vier Jahren haben wir jeden Tag immer wieder gesagt, was getan werden sollte, aber damit sind wir gescheitert. Es hat leider nicht geklappt. Deshalb sollten wir noch einmal nachdenken und uns überlegen, was wir alles nicht tun sollten.

Das Problem Arafat wird sich - glaube ich - nicht lösen lassen. Die Wahlen, die die Palästinenser und Europäer immer fordern, sind in der gegenwärtigen Lage einfach nicht möglich. Im Dezember hat die palästinensische Autonomiebehörde beschlossen, dass es Kommunalwahlen geben soll. Aber ich weiß nicht, ob das klappen wird, ich bin mir da nicht sicher. Stellen Sie sich vor, dass Israel im Dezember am Wahltag eine Ausgangssperre über Nablus verhängt, oder dass in Tel Aviv ein Selbstmordattentat stattfindet. Wie können dann Wahlen durchgeführt werden? Die Situation lässt also im Moment Wahlen nicht zu. Der Konflikt verändert sich. Wir wollen Rache an

den Israelis nehmen, wir kämpfen heute nicht mehr gegen die Besatzung. Deshalb hat die Intifada bereits ihre Ziele verfehlt. Die Intifada muss sich auf eine Sache beschränken, nämlich auf den Kampf gegen die Besatzung und nicht auf Rache. Aber aufgrund des Hasses sind wir im Moment dabei, uns aneinander zu rächen. Wenn in Tel Aviv ein Selbstmordanschlag verübt wird, wollen die Palästinenser vor allem wissen, wie viele Israelis getötet worden sind. Sind es vier, dann war es ein kleiner Anschlag und sind es 20, dann war es ein großer Anschlag. Genauso ist es in den israelischen Medien. Wenn die Israelis in Rafah einfallen und 10 palästinensische Zivilisten töten, dann sagen die Medien, 10 Araber wurden in Rafah getötet, ohne Details zu nennen. Auf beiden Seiten ging also das Element der Menschlichkeit verloren. Es gibt keine Menschlichkeit mehr in diesem Konflikt.

Was die Selbstmordanschläge anbelangt, die werden von der Zivilgesellschaft in Palästina natürlich immer wieder verurteilt. Die Selbstmordanschläge dienen ja nicht unserem Interesse, im Gegenteil, sie laufen unseren Interessen vollkommen zuwider. Denn wenn wir Israel vorwerfen, palästinensische Zivilisten zu töten, dann können wir nicht am nächsten Tag in Tel Aviv Israelis töten, das geht nicht. Entweder beide Seiten dürfen Zivilisten töten oder man versucht, es beiden Seiten zu verbieten. Es gibt in der Tat Palästinenser, die diese Selbstmordattentate unterstützen, aber das tun sie vor allem aus Rache. Sie wollen Rache an den Israelis nehmen. Wenn mein Haus zerstört oder mein Sohn getötet wird, dann möchte ich mich rächen. Dann warte ich auf den nächsten Selbstmordanschlag.

Wir alle wissen, dass Herr Fischer sich persönlich um die Road Map gekümmert hat. Warum gehen Deutschland und Herr Fischer nicht zu Sharon und sagen, dass sie wollen, dass Sharon erklärt, dass der Abzug aus Gaza ein Teil der Road Map ist. Das wäre nur eine kleine Sache, und Deutschland könnte das fordern. Warum tut man das also nicht? Warum bezeichnet man diesen Abzug nicht als Teil der Road Map? Die israelische Regierung hat der Road Map bereits zugestimmt. Warum möchte sich Sharon also heute von dieser Road Map zurückziehen und sie durch den Truppenabzug ersetzen? Wenn sich die Israelis von diesem schrecklichen Ort, dem Gazastreifen, zurückziehen, warum tun sie das nicht in Kooperation mit den Palästinensern? Warum reden sie nicht mit uns? Die internationale Staatengemeinschaft muss hier etwas tun. Sie muss auf Sharon mehr Druck ausüben und dafür sorgen, dass die Palästinenser dann die Verantwortung in Gaza übernehmen und nicht die Ägypter. Wenn Sharon glaubt, dass die Ägypter seine Grenze zu Gaza be-

wachen werden, dann begeht er einen großen Fehler. Die Palästinenser werden das tun. Das ist auch ein wichtiges Element, auf das die Deutschen hinarbeiten müssen. Was das Deutsche Institut für Versöhnung anbelangt, so kenne ich es nicht. Ich weiß aber, dass es viele deutsche Stiftungen gibt, die sehr aktiv sind, wie die Naumann-Stiftung, die Adenauer-Stiftung und die Ebert-Stiftung. Man versucht hier wirklich, sehr gute Arbeit zu leisten und eine sehr konstruktive Rolle beim israelisch-palästinensischen Konflikt zu spielen. Wenn die Sache in der Zukunft scheitert, dann wird es ein Scheitern der Israelis und Palästinenser sein und nicht ein Scheitern der deutschen Arbeit. Ich bin auf jeden Fall der Meinung, dass die deutschen Stiftungen sich sehr bemühen und gute Arbeit leisten. Ich habe an zahlreichen Workshops mit Israelis und Palästinensern teilgenommen, die auf Initiative der deutschen Stiftungen stattgefunden haben.

Was den Streik der israelischen Offiziere anbelangt, die sich den Befehlen widersetzen wollen, so glaube ich nicht, dass sich das auf die Situation in der Zukunft auswirken wird. Letztes Jahr hat es den Fall gegeben, dass 17 israelische Piloten in den Streik getreten sind. Sie sagten, dass sie sich weigern, palästinensische Häuser zu bombardieren oder Menschen zu töten. Diese 17 Piloten müssen jetzt innerhalb der israelischen Gesellschaft unglaublich leiden. Ich finde, dafür muss man sich schämen. Die israelische Gesellschaft hat diesen 17 Piloten das Leben zur Hölle gemacht. Das, was jetzt passiert, wird keine Auswirkungen haben, es bedeutet nicht, dass Israel nicht morgen weiterhin die Flüchtlingslager und Städte bombardieren wird.

Was den palästinensischen Legislativrat anbelangt, ist er leider zu einem Rehabilitationszentrum für Behinderte verkommen. So sehe ich das. Diese Leute spielen überhaupt keine Rolle. Der ganze Legislativrat steckt sozusagen in der Hosentasche von Arafat. Arafat kontrolliert dieses Parlament voll und ganz. Er zieht die Fäden. Ich als Palästinenser habe deswegen keinerlei Erwartungen, was diesen Legislativrat anbelangt.

Zur Zusammenarbeit mit unseren Organisationen: Ich finde, es gibt hervorragende Netzwerke mit palästinensischen, israelischen und internationalen Organisationen. Ich glaube, dass beide in der Zivilgesellschaft eine hervorragende Rolle spielen, wenn es darum geht, das Leiden zu mindern und die Situation ein wenig zu verbessern. Aber leider stößt das, was wir sagen, auf taube Ohren. Weder Herr Sharon noch Herr Arafat interessieren sich für die Menschenrechte. Sie wollen nichts davon

hören. Wir, die Menschenrechtsaktivisten auf israelischer und palästinensischer Seite, sind in den letzten vier Jahren immer weniger wirksam geworden.

Rachel Greenspahn: Ich versuche, erst ein paar konkretere Fragen anzusprechen und dann einen breiteren Rahmen zu ziehen. Sie haben von den gezielten Tötungen gesprochen. Damit befasst sich das höchste Gericht und das Verfahren läuft und läuft und läuft. Ich habe einige positive Dinge angesprochen, die das Gericht hervor gebracht hat. In den letzten zwei Jahren hat das oberste Gericht es größtenteils versucht zu vermeiden, sich mit den besetzten Gebieten zu befassen. Das Gericht ist sehr liberal, was die Dinge in Israel anbelangt, z. B. die arabische Minderheit, aber was die besetzten Gebiete anbelangt, da hat das Gericht immer wieder gesagt, dass das militärische Fragen seien und sie nichts dazu sagen könnten. Deshalb versucht das Gericht auch, die gezielten Tötungen nicht zu behandeln, dieses Thema wird immer wieder verschoben. Auch mit der Folter wurde es lange Zeit so gemacht.

Ich habe über die Anwendung der vierten Genfer Konvention gesprochen. Dazu gab es auch eine Frage. Israel erkennt praktisch gesehen seit langem an, dass die Genfer Konvention gilt. Israel akzeptiert ja die humanitären Elemente. Selbst wenn Israel aus eigener Sicht hier nichts tun muss, so hat Israel entschieden, hier doch einige Dinge zu tun. Das oberste Gericht hat auch seit einiger Zeit diese Genfer Konvention in seiner Rechtsprechung bereits beachtet. Das ist nicht unbedingt eine Entwicklung, die greifbare Veränderungen hervorrufen wird. Es ist vielmehr ein wichtiges rhetorisches Element, wie vieles andere auch.

Es wurde eine Frage zu den israelischen Arabern gestellt. B'Tselem befasst sich nicht mit den Fragen innerhalb der grünen Linie. Die israelischen Araber sind ja auch ein sehr unterschiedliche, sehr diverse Gruppe. Innerhalb Israels beziehen sich die Probleme mehr auf die Umsetzung des Gesetzes. Es gibt die richtigen Gesetze, aber sie werden nicht richtig umgesetzt. Die Ressourcen werden nicht richtig verteilt usw. In der Westbank ist das Gesetz selber problematisch. Die Rechtsgrundlage ist dort ein Problem.

Es wurden Fragen zur Organisation B'Tselem gestellt. Ob die Regierung auf uns hört und ob wir die Menschen erreichen. Das ist natürlich eine Frage für alle Menschenrechtsorganisationen. Es ist immer sehr schwer zu verfolgen, ob die Menschen auf uns hören. Aber die Schlüsselfrage ist doch, was wäre, wenn es uns nicht gäbe. Ich möchte nicht zu optimistisch erscheinen. Ich glaube, zum größten Teil, wie bei allen

Demokratien, weiß man, dass Kontrollorganisationen wichtig sind. Es ist wichtig, NGOs zu haben, die die Rolle von B'Tselem spielen. Deshalb lässt man uns Spielraum, wir dürfen sagen und tun, was wir wollen. D. h. natürlich nicht, dass wir immer ernst genommen werden oder dass auf der Grundlage unserer Informationen immer konkrete Handlungen stattfinden. Das beste Beispiel hier ist vielleicht der Fall der Untersuchungen. Wenn immer wir Fälle vorzuzeigen haben, dass es zu exzessiver Gewaltanwendung gekommen ist, dann geben wir das weiter oder wenn es zu gewalttätigen Übergriffen durch Soldaten oder Grenzsoldaten gekommen ist. In sehr wenigen dieser Fälle werden dann tatsächlich Untersuchungen durchgeführt. Außerdem sind diese Untersuchungen häufig sehr problematisch. Unter dem Militär und der Polizei gibt es meistens niemanden, der arabisch spricht. Das führt dann dazu, dass nicht unvoreingenommen untersucht wird. Das sind Probleme, die wir seit Jahren ansprechen, wo sich aber nichts tut. Trotzdem hat es Veränderungen gegeben und wir konnten Dinge erreichen. Ich könnte zahlreiche Untersuchungen nennen, die auf der Grundlage unserer Anklage durchgeführt worden sind, und Fälle, in denen Menschen auf Grund dieser Anklage zur Verantwortung gezogen wurden.

Es wurden außerdem Fragen gestellt, die mich dazu bringen zu fragen, was wäre, wenn es uns nicht gäbe. Die israelische Armee weiß, dass ihnen jemand auf die Finger schaut. Das ist eine wichtige Sache. Oder sehen Sie sich den Grenzzaun an. Wir sind die erste Organisation, die sich wirklich mit dem Grenzverlauf befasst hat. Als der Grenzzaun zuerst geplant wurde, gab es keine öffentliche Diskussion über den Verlauf und wer was wie entschieden hatte. B'Tselem hat dann einen Bericht veröffentlicht, und es waren unserer Karten und Informationen sowie die Zusammenarbeit mit anderen Menschenrechtsorganisationen und zivilgesellschaftlichen Organisationen, die dazu geführt haben, dass das Ganze international auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Es ging dann vor den Internationalen Gerichtshof, und das führte wiederum zu einer Diskussion innerhalb der israelischen Zivilgesellschaft. Es wäre auch unfair, eine Regierung als einheitlichen Monolithen zu betrachten. Es gibt Offizielle in Israel, die uns nicht zuhören und andere, die sehr viel offener sind für das, was wir zu sagen haben. Wir alle sehen natürlich die Menschenrechte als etwas, worin sich jeder einigen kann, egal ob politisch links oder rechts. Das sieht in Israel – realistisch betrachtet – allerdings anders aus. Die linken Parteien unterstützen menschenrechtliche Belange tendenziell sehr viel eher, aber auch das stimmt nicht immer. Die Shinui-Partei z. B., eine traditionell eher rechtsgerichtete Partei, hat sich sehr mit dem

Grenzzaun befasst, obwohl die Partei zunächst die Pläne der Regierung unterstützte, war die Shinui-Partei dann für eine Änderung des Zaunverlaufs.

Wir arbeiten viel mit anderen Organisationen zusammen, sowohl innerhalb Israels als auch mit palästinensischen Organisationen. Wir stellen viele Informationen zur Verfügung, die dann von anderen Organisationen verwendet werden, z. B. bei Gerichtsverfahren oder Klagen beim obersten Gericht. Auch andere zivilgesellschaftliche Gruppen, Friedensorganisationen und Umweltorganisationen greifen auf unsere Informationen und Fakten zurück.

Was diejenigen anbelangt, die sich verweigern, und wie sich das auf die israelische Gesellschaft auswirkt, bin ich mit meinem Vorredner nicht einverstanden. Israel ist eine sehr militärisch geprägte Gesellschaft. Der Militärdienst spielt ein Leben lang eine große Rolle. Schauen Sie sich unsere Regierung an, das sind alles ehemalige Generäle oder ähnliches. Der Militärdienst ist der Schlüssel zu späteren Positionen im zivilen oder politischen Leben. Wenn wir uns die Eliteeinheiten, die Piloten und Spezialeinheiten einmal ansehen, dann genießen diese Leute ein hohes Ansehen in der Gesellschaft und in der Familie. Ich glaube, dass das in Israel sehr wohl Wellen schlägt, wenn diese Leute sich weigern, in den besetzten Gebieten zu dienen. Es geht durch die Medien und es wird diskutiert. Es wird nichts über Nacht verändern, es ist ein langsamer Prozess, aber ich glaube, dass es bereits Wirkung zeigt. Es gibt noch ein anderes, weniger formales Phänomen, was vielleicht noch wichtiger ist, das ist die „graue“ Weigerung. Das sind die, die nicht offiziell sagen, dass sie sich weigern, die sich aber praktisch doch verweigern. Ich habe viele Geschichten von Leuten gehört, die als Reservisten einberufen werden, aber es gibt viele, die sich dann letztlich verweigern. Mein Mann z. B. wurde zusammen mit 100 weiteren Personen einberufen, aber nur 60 sind erschienen. In anderen Fällen gehen nur 20 oder 30 von Hundert Reservisten tatsächlich hin und folgen der Einberufung. Es gibt dann die verschiedensten Entschuldigungen, z. B. dass die Mutter krank ist, dass man ein kleines Kind zu versorgen hat, dass man arbeiten muss und es sich finanziell nicht leisten kann. Es gibt Millionen Entschuldigungen, wo die Leute nicht offiziell sagen, dass sie sich verweigern, aber es gibt trotzdem immer mehr Israelis, die nicht bereit sind, ihr Leben zu riskieren, einen Monat ihres Lebens zu opfern oder einer Sache zu dienen, an die sie nicht glauben. Das ist meiner Meinung nach schon ein wichtiges Phänomen.

Sie haben eine Frage nach der Einschränkung der Bewegungsfreiheit gestellt, ob das der Sicherheit dient oder ob es eine kollektive Bestrafung ist. Das ist genau die richtige Frage, und diese Frage gilt für alle anderen Menschenrechtsverletzungen ebenso. Das Sicherheitsargument kann man leicht und sicher akzeptieren, es ist schwer, dieses Argument zu widerlegen, aber wenn man es sich genauer ansieht, dann geht es häufig eben nicht um die Sicherheit. Die meisten Einschränkungen der Bewegungsfreiheit gelten z. B. nicht für Palästinenser, die nach Israel wollen, sondern es sind Einschränkungen für Palästinenser, die von einem Ort in Palästina zu einem anderen Ort in Palästina wollen. Der Weg ins Krankenhaus, zur Universität oder zur Schule wird eingeschränkt, das hat keine Auswirkungen auf die israelische Sicherheit. Dann gab es ein Projekt, bei dem wir Berichte von Soldaten an Checkpoints gesammelt haben. Die Soldaten finden es frustrierend. Sie stehen am Checkpoint, überprüfen die Pässe usw., aber 50 m weiter sieht man Leute, die trotzdem über die Grenze gehen, am Checkpoint vorbei. Die Haupteinschränkung der Bewegungsfreiheit entsteht nicht durch die Checkpoints, sondern durch Barrieren, Mauern, Gräben usw. Wenn man jung ist und mit einer Bombe diese Hindernisse überwinden will, dann schafft man das. Man kann über den Berg oder den Zaun klettern, das geht, aber die alten und kranken Menschen, die können nicht über die Zäune klettern, die müssen durch die Checkpoints, aber gleichzeitig stellen diese Menschen keine Bedrohung der Sicherheit dar. Es ist in Israel offen gesagt worden, dass es Objekte der kollektiven Bestrafung gibt. Aber selbst wenn es Sicherheitsbedenken gibt, dann muss man sich immer noch fragen, ob es legitim ist. Israel hat ein großes Problem mit Verkehrsunfällen, dieses Jahr sind bereits 350 Menschen bei Verkehrsunfällen zu Tode gekommen. Wenn wir sagen würden, dass wir Autos in Israel verbieten, dann gebe es sehr viel weniger Verkehrstote. Aber diese Lösung wäre ein völlig maßloser Lösungsansatz für ein echtes Problem, und genauso ist es mit den Bewegungseinschränkungen. Wenn man eine Ausgangssperre für alle Palästinenser verhängt, dann gibt es natürlich weniger Terror, aber ist das eine angemessene Lösung?

Der letzte Punkt, den ich ansprechen möchte, ist die Frage, die immer wieder gestellt wird. Was können wir tun oder ändern? Sie sind nicht die Einzigen, die sich hilflos fühlen, das möchte ich zunächst einmal sagen. Auch wir haben häufig das Gefühl der Hilflosigkeit. Seit vier Jahren wird es immer noch schlimmer. Egal was wir tun, die Menschenrechtssituation ist nicht besser sondern schlechter geworden. Aber trotz

dieser Momente des Pessimismus und der Hoffnungslosigkeit dürfen wir nicht vergessen, dass es sehr wohl Dinge gibt, die wir tun können. Ich habe bei meinem Vortrag versucht aufzuzeigen, dass es verschiedene Dinge gibt, die sich verändert haben, dank der Tatsache, dass sich die internationale Gemeinschaft gegen die Zerstörung der Häuser oder die Einschränkung der Bewegungsfreiheit ausgesprochen hat. Selbst wenn es wenig greifbar erscheint, so hat es doch Auswirkungen.

Was konkretere Dinge anbelangt, so glaube ich, dass wir zunächst einmal aufpassen müssen, dass wir uns nicht täuschen lassen von dieser Sicherheitsrechtfertigung. Wenn es Selbstmordanschläge gibt, dann neigen wir dazu zu sagen, dass man etwas dagegen unternehmen muss, aber wir müssen uns auch immer wieder fragen, ob es bei dieser oder jener Maßnahme wirklich um die Sicherheit geht, oder ob es Alternativen gibt, verhältnismäßigere Maßnahmen, die getroffen werden können. Es gibt noch konkretere Dinge, die Sie tun könnten, z. B. bei der Frage des Assoziationsabkommens. Hinsichtlich der Vorzugsbehandlung beim Handel mit Produkten aus den Siedlungen, da kann sowohl seitens der Regierung als auch der Zivilgesellschaft gesagt werden, dass wir keine Produkte aus den Siedlungen kaufen wollen. Was die humanitäre Hilfe anbelangt, so sollte man nicht nur Geld schicken, sondern das Geld ganz klar an Bedingungen knüpfen. Ich erinnere mich an ein deutsches Bewässerungsprojekt, das durch diesen Grenzzaun betroffen war. Das ganze Geld wäre umsonst gewesen, wenn die Mauer so verlaufen wäre wie geplant. Wenn Sie dann sagen, dass hier nicht nur die Palästinenser betroffen sind, sondern auch Ihr Geld und Ihr Projekt, dann haben Sie auch ein Wörtchen mitzureden. Sie haben immer wieder Gespräche mit israelischen Abgeordneten, auch Sharon kommt demnächst nach Deutschland, dann stellen Sie ihnen doch diese Fragen. Fragen Sie nach dem Verlauf des Zaunes. Warum muss dieser Zaun so sein? Wird Israel weiterhin die Grenzen kontrollieren? Oder warum gibt es keine Untersuchungen? Warum werden die Häuser der Familien von Selbstmordattentätern zerstört? Diese Fragen können etwas bewirken. Auch eine breitere Europapolitik, die Aufwertung des Status von Israel, der angestrebt wird, auch das könnte ein Hebel sein. Wir sind natürlich keine Politiker, das ist Ihre Aufgabe, aber ich glaube, da gibt es auch Dinge, die getan werden können. Das Schlimmste wäre zu sagen, dass wir nichts machen können. Wir müssen innovativ sein und neue Wege suchen um sicherzustellen, dass diejenigen, die die Menschenrechte unterstützen, auch angehört werden.

Vorsitzende: Vielen Dank. Ich kann nur noch einmal sagen, dass wir Sie nicht eingeladen haben, damit wir danach hilflos in die Sessel sinken, sondern weil unserer Meinung nach Politik die Expertise derjenigen benötigt, die in den Konflikten stehen und auch den Alltag bewältigen müssen, damit man Sie präzise unterstützen kann. Wir werden die Anhörung sehr genau auswerten und überlegen, was wir in unsere eigene Politik einfließen lassen können. Bei Ihnen möchte ich mich sehr herzlich bedanken, Ihnen alles Gute wünschen und ich bin mir sicher, dass wir weiterhin in Kontakt bleiben und uns hier oder vor Ort wieder sehen werden.

Schluss der Sitzung: 14:30 Uhr



Christa Nickels, MdB
Vorsitzende

The Israeli Information Center for Human Rights in the Occupied Territories, 8 Hata'asiya St., Jerusalem

High Court Voids Section of Separation Barrier

Last week, the High Court of Justice ordered the State to cancel thirty kilometers of the planned route of the Separation barrier in the area of Beit Surik, northwest of Jerusalem. The petition dealt with 40 kilometers of the barrier, in the section running from Maccabim to the Givat Ze'ev settlement.

The justices ruled that the planned route does not properly balance security considerations and the rights of Palestinians living along the barrier's path. The justices emphasized that the State must take into account humanitarian law (the Hague Convention and the Fourth Geneva Convention) and Israeli administrative law in establishing the barrier's route.

The day after it made the decision, the High Court issued a temporary injunction freezing completion of the Separation barrier near Nu'man, a village located within Jerusalem's municipal area. The temporary injunction also prohibits the State from expelling the residents or from arresting them for illegally entering and staying in Israel.

The decision on the Separation barrier and the temporary injunction relating to Nu'man testify to the severe harm to Palestinians resulting from the planned route of the barrier.

According to B'Tselem's figures, more than 800,000 Palestinians will be harmed by construction of the barrier along the planned route.

The severe harm to Palestinians as a result of the barrier stems largely from extraneous and primarily political considerations. It is neither necessary nor legal. B'Tselem again urges the Israeli government to tear down the sections of the Separation barrier already built within the Occupied Territories, and to refrain from building the other sections planned for construction beyond the Green Line.

B'Tselem has published an updated map of the Separation barrier. The map delineates the stage of construction in each area and includes a description of the section voided by the High Court. The map can be found on B'Tselem's Website.



*Construction of the Separation Barrier in Jerusalem.
Photo: B'Tselem*

Border Police Beat Palestinian Woman on her Way Home

On 18 June 2004, Qahira Muhsan, 42, a resident of al-Funduq, a village near Qalqiliya, was on her way home from work in Israel. When she reached Jaljuliya, she encountered four Border Police officers. One of them asked her how she had managed to enter Israel. Muhsan, who entered through a hole in the barrier surrounding Qalqiliya, responded that, "I got in at the place where the Palestinians enter."

She related to B'Tselem what happened then: "The policeman began to swear at me... He said, 'You are a liar, a slut, the daughter of a whore.' I replied, 'Your mother and your sister are sluts. Would you stand by when somebody curses your mother and your sister?' The policeman punched me in the face and chest... The other policeman kicked me in the legs, and I fell down. Then he stepped on me." Muhsan added that the other two police officers "laughed at me while

the others were beating me and cursing at me. I was unable to get up and stand on my feet."

A farmer who was passing by tried to help Muhsan. She said that one of the policemen shouted at him to leave, and threatened to shoot him. After the farmer left, the policemen continued to beat her for several minutes and then left. Muhsan lay lying on the ground until some Palestinian laborers found her and helped her get to the hospital in Qalqiliya. She was treated at the hospital and told to rest at home.

Muhsan works as a cleaning woman in Israel and is the sole supporter of the thirteen members of her family. Her husband and two of her children are mentally retarded.



Qahira Muhsan. Photo: B'Tselem

In Middle of Night, Soldiers Vandalize House in Palestinian Village



On 7 June 2004, around 4:00 A.M., soldiers broke into the home of the Bani 'Odeh family in the village of Tammun, in the northern part of the West Bank. Here are excerpts from the testimony of Umaymah Basharat, 20: "I was sleeping alone in the bedroom... Around 4 A.M., I woke up to the sound of gunfire, explosions, and soldiers shouting near the house. I was very frightened and stayed in bed... After about 15 minutes, I got out of bed and went up to the second floor. On the way, I met my mother-in-law,

my brother-in-law Bashar, his wife Hanin, and their children. A large group of soldiers stood behind them... The soldiers brought us to the front door and ordered us to go outside. Some of the soldiers stayed inside the house... Outside, I saw six military jeeps and thirty soldiers encircling the house. Some of the soldiers pointed their guns at us..."

In her testimony, Basharat mentioned that the soldiers forced her brother-in-law Bashar to accompany them in a search of the neighbor's house. She added: "My mother and sister-in-law and I cried the entire time. From time to time, we heard the sound of explosions coming from our house... Around 7:30 A.M., a group

of soldiers ordered us to move a couple of meters back from our house. After about fifteen minutes, we heard a blast. The soldiers let us go back inside, then they left. We went into the house and saw that all of our furniture and possessions were strewn all over the floor. The Windows were broken, the couches were torn, and the plants were overturned on the floor. We were horrified and

didn't know what to do... I went to my bedroom, which was a total mess. Everything was strewn all over the floor. I found my jewelry scattered throughout the room... I searched the whole room to find my money, but I didn't find it. In the afternoon, I straightened up the room and checked every corner... I didn't find the money."

www.btselem.org

Israeli High Court of Justice: Balancing Security and Humanitarian Considerations Requires Changes to the Route of the Separation Barrier

On June 30, Israel's High Court of Justice voided a 30 kilometer portion of the Separation Barrier, ruling that it disproportionately harmed the village of Beit Surik and other Palestinian villages on whose land the barrier is routed. This decision will serve as a precedent for dozens of other cases submitted by villages and towns that will be harmed by the barrier.

"The route undermines the delicate balance between the Obligation of the military Commander to preserve security and his Obligation to provide for the needs of the local inhabitants... the route which the military Commander established for the security fence... injures the local inhabitants in a severe and acute way, while violating their rights under international humanitarian law... The gap between the security provided by the military Commander's approach and the security provided by the alternate route is minute as compared to the large difference between a fence that separates the local inhabitants from their lands and a fence which does not... Only a Separation fence built on a base of law will grant security to the State and its Citizens."

Excerpts from the High Court ruling written by Chief Justice Aharon Barak

If constructed along the current route, the barrier will enclose over 250,000 people from eighty-one communities into dozens of isolated enclaves, and will separate farmers from over 200,000 acres of their land.

In Jerusalem, Israel has chosen to construct the barrier along a route that is particularly disastrous for local residents. The route largely follows the Jerusalem municipal boundaries, an arbitrary line drawn by Israel following the occupation in 1967, which in several cases runs down the middle of busy streets. Now an eight meter-high concrete wall is being constructed along this same route, separating tens of thousands of people from schools, jobs, family and health care.

A range of military officials have admitted in private conversations what is obvious to anyone who studies the map: **while the barrier was conceived for security reasons, the route is dictated by politics.**

- In Jerusalem, over 200,000 Palestinians will remain to the west of the barrier. In order to strengthen Israel's claim to Jerusalem as its united, eternal capital, the barrier divides Palestinians from each other, rather than separating between Israelis and Palestinians in the city.
- Throughout the West Bank, the route snakes deep into occupied territory to include as many settlements as possible on the Israeli side.
-

The precedent set by the Israeli High Court in the Beit Surik case, that even legitimate security measures cannot cause disproportionate harm, must be applied to the entire route of the Separation barrier. If the government still believes the barrier is essential to protect Israel's population, it must redraw the route to achieve the barrier's original intention: security rather than a land grab. Only a route along or inside Israeli territory can meet this criteria.

Please contact us to receive additional information, or to be removed from B'Tselem's distribution list.

B'Tselem is the leading Israeli organization monitoring human rights in the West Bank and Gaza Strip. B'Tselem publishes reports, engages in public education and advocacy, and serves as a resource center

The West Bank

Jewish Settlements and the Separation Barrier

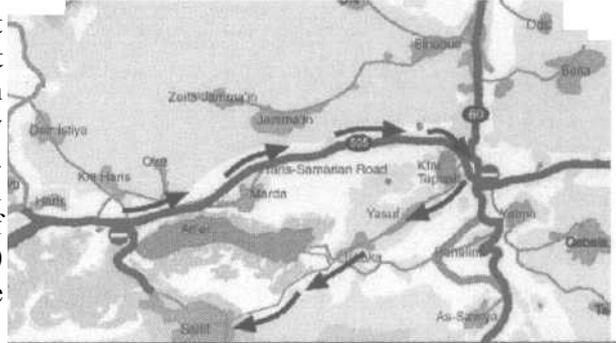
August, 2004



Roads in the West Bank - For Jews Only

Israel has built an extensive road network in the West Bank, intended primarily to serve and perpetuate Israeli settlements. Bypass roads enable travel to settlements without passing through Palestinian villages. Israel built other roads as a physical barrier to limit Palestinian urban development.

Although Israel consistently maintained that these roads also serve Palestinians, for the past four years Israel has restricted Palestinian traffic both on these bypass roads and on many of the main traffic arteries in the West Bank. Israelis travel freely on all these roads. Israeli restrictions affect 41 roads and sections of roads in the West Bank, totaling over 700 kilometers, and can be divided into three categories:



The IDF blocked the northern entrance to the town of Salfit, because this road also serves the Ariel settlement. Villagers dependent on the town must now travel a circuitous route (indicated by arrows) that requires passing a physical roadblock at Yasuf that passengers must cross onfoot, and then continue on in another car.

- **Complete Prohibition:** 17 sections of roads, totaling 124 kilometers, are for the exclusive use of Israeli Citizens. This includes so-called "sterile roads" which have a staffed Checkpoint through which only Israeli vehicles are allowed to pass.
- **Partial Prohibition:** Palestinians require a Special permit to travel on 10 sections of roads, totaling 244 kilometers. Permits are issued by the Civil Administration, a patently arbitrary and non-transparent body.
- **Restricted Use:** Palestinians are generally allowed to travel on 14 sections of roads totaling some 365 kilometers, but most access points to the roads are restricted by physical obstacles. In most cases, to reach the road one has to cross a staffed Checkpoint.

The Roads Regime is enforced by means of Checkpoints and physical obstacles. In addition, Israel maintains a strict enforcement of traffic laws against Palestinians only and confiscates vehicles that travel on forbidden roads. This policy has never been enshrined in legislation, nor stated in official declarations, nor even indicated by road signs on the relevant roads. It is based entirely on verbal orders given to soldiers in the field.

Israel's roads policy is based on the premise that all Palestinians are security risks and therefore their movement can be restricted. This is a racist premise, and cannot justify a policy that indiscriminately harms the entire Palestinian population, in violation of their rights to equality and freedom of movement.

As a result of Israel's Forbidden Roads Regime, Palestinians must use long, winding alternate roads that pass through densely populated urban areas, or use run-down dirt roads between the mountains. **The restrictions impair all aspects of daily life in the West Bank, including the economy, and the health and education Systems, and severely disrupt social and family life.**

To view the entire map of the Forbidden Roads Regime: www.btselem.org